

## **Wertstoffgesetz - Umwelt- und Ressourcenschutz stärken, fairen Wettbewerb sicherstellen, Kosten für die Bürger minimieren**

### **Beschluss des Vorstands des Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag**

17. November 2014

1. Natürliche Ressourcen, insbesondere Rohstoffe, sind wesentliche Produktionsfaktoren und damit Grundlagen unseres Wohlstands. Unter wirtschaftlichen aber auch unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten ist der schonende Umgang mit Ressourcen eine große Herausforderung. **Die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft bleibt für uns ein zentraler Ansatz einer nachhaltigen Ressourcenschutzpolitik. Die Kreislaufwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und muss Teil einer integrierten Stoffstromstrategie sein.**
2. **In diesem Sinne unterstützen wir die Erarbeitung eines Wertstoffgesetzes**, dessen Ziel es ist, künftig neben Verkaufsverpackungen, für die bislang die privatwirtschaftlich organisierten dualen Systeme verantwortlich sind, gleichzeitig auch stoffgleiche Materialien und Gegenstände/Produkte, die bislang über die kommunale Restmülltonne entsorgt wurden, gemeinsam zu erfassen.
3. Der Koalitionsvertrag trifft klare Aussagen zum Wertstoffgesetz. Dort heißt es: „Wir entwickeln die Kreislaufwirtschaft zu einem effizienten Instrument einer nachhaltigen Stoffstromwirtschaft. Wir schaffen rechtliche Grundlagen zur Einführung der gemeinsamen haushaltsnahen Wertstofffassung für Verpackungen und andere Wertstoffe. Anspruchsvolle Recyclingquoten, Wettbewerb und Produktverantwortung werden als Eckpunkte einer modernen Kreislaufwirtschaft gefestigt.“ Der Koalitionsvertrag setzt klare Leitplanken für die Gesetzgebung. **Er schließt eine Rekommunalisierung des Wertstoffrecyclings aus. Die Aussagen des Koalitionsvertrages zum Wertstoffgesetz bleiben für uns die Grundlage der Beurteilung eines Entwurfs für ein Wertstoffgesetz.**
4. **Der Ansatz der Produktverantwortung**, die dem System der Verpackungsentorgung zugrunde liegt, **hat sich seit über 20 Jahren bewährt.**

PKM  
Parlamentskreis Mittelstand

Christian Frhr. von Stetten MdB  
Vorsitzender

Dr. Philipp Birkenmaier  
Geschäftsführer

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-52316  
F 030. 227-56203

pkm@cducsu.de  
[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)

Der Inverkehrbringer von Verpackungen ist auch für deren Entsorgung verantwortlich. Bereits dieser Ansatz und die nach Menge und Gewicht gestaffelte Lizenzierung von Verpackungen führt zu einem ausgeprägten Kostenbewusstsein, zu einem materialeffizienten Design von Verpackungen und damit zu einer nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung. Die Recyclingquoten der Verpackungsverordnung werden in allen Materialbereichen übererfüllt. Die EU-Recyclingvorgabe in Höhe von 55 Prozent wurde in 2010 mit 73 Prozent deutlich übertroffen, gleichzeitig haben sich die Kosten für den Bürger durch den Wettbewerb seit 1991 halbiert. Wir erwarten, dass der für Bürger und Umwelt erfolgreiche Ansatz der Produktverantwortung gestärkt wird. **Dazu soll geprüft werden, wie dieser Ansatz praxistauglich auf bestimmte stoffgleiche Nichtverpackungen, die künftig gemeinsam mit den Verpackungen erfasst und verwertet werden sollen, ausgedehnt werden kann.** Wir begrüßen darüber hinaus eine nach Ressourcenverbrauch und Recyclierbarkeit /-aufwand differenzierende Lizenzierung von Verpackungen und Gegenständen/Materialien ohne Verpackungsfunktion. Ziel muss unter Beachtung vertretbarer Kosten eine Stärkung der Stoffströme in die Abfallsortierung und stoffliche Verwertung (insbes. Kunststoffarten und Metallsorten) und damit eine Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Vergleich zur Verbrennung sein.

5. Eine Rekommunalisierung der Erfassung und Sammlung von Wertstoffen und Verpackungen lehnen wir ab. **Gleichwohl sollte im Zuge der Arbeiten an einem Wertstoffgesetz geprüft werden, wie die Zusammenarbeit von Kommunen und privaten Entsorgungsunternehmen bei Beibehaltung der wettbewerblich organisierten Entsorgung verbessert werden kann.** Über die Festlegung beispielsweise der Art und Weise der Erfassung (Gelber Sack Plus, Gelbe Tonne oder Wertstoffhof) soll die Kommune entscheiden.
6. Der Ausbau der modernen, im Wesentlichen von privaten Unternehmen getriebenen Recyclingwirtschaft in Deutschland hat zu enormen technologischen Fortschritten geführt. Deutsche Unternehmen sorgen nicht nur für ein hohes Niveau an stofflichem Recycling in Deutschland. Recyclingtechnologie „Made in Germany“ ist gerade auch auf internationalen Märkten nachgefragt. Mit dem erreichten technologischen Fortschritt sind bereits heute deutlich höhere Recyclingquoten erreichbar. Ambitionierte Verwertungsquoten sind für eine Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft unerlässlich. **Deshalb sollten in einem neuen Wertstoffgesetz höhere, insbesondere stoffliche Verwertungsquoten, vorgegeben werden. Höhere Quoten müssen allerdings technisch machbar und wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll sein.**